

ORSZ. SZERENYI KÖNYVTÁR
Hilfektári növekedésműhely
1874. évi 225. sz.

Das Recht.

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Erscheint wöchentlich 6-mal, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag. — Preis für Pressburg: Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.; vierteljährig 2 fl.; Zustellung in's Haus per Monat 18 kr.; einzelne Nummern 4 kr. — Auswärts mit Post bezogen: Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 5 fl. 50 kr.; vierteljährig 2 fl. 75 kr. — In Pressburg abonniert man bei der Administration: Apponyigasse Nr. 10. — Auswärtige Abonnenten abonniren daselbst oder bei den betreffenden Postämtern. Inserate werden bei der Administration des Blattes angenommen und kosten: Die 4-mal gespaltene Zeile bei einmaliger Einschaltung 6 kr., bei mehrmaliger entsprechender Rabatt; jedesmalige Stempelgebühr 30 kr. — Zeitungsbestellungen und Zuschriften erbittet man sich frankirt; unveriegelte Reclamationen wegen nicht erhaltener Nummern sind portofrei. Manuscripte werden nicht zurückgestellt. — Redaction: Michaelertbor Nr. 164. Inserate für Wien werden nur angenommen bei Herrn Philipp Esb, Bollzeile Nr. 2.

Nr. 25. Sonntag 31. Januar 1875. IV. Jahrgang.

Pränumerations-Einladung.

Wir eröffnen mit 1. Februar abermals ein Abonnement, u. zw.:

Für Pressburg:	
Für Februar	— fl. 67 fr.
" Februar bis inclusive März	1 " 33 "
" Februar " " Juni	3 " 33 "
" Februar " " Septbr.	5 " 33 "
" Februar " " Dezemb.	7 " 33 "
Mit Zustellung in's Haus per Monat	— " 18 "
Für Ungarn-Oesterreich*):	
Für Februar	— fl. 92 fr.
" Februar bis inclusive März	1 " 83 "
" Februar " " Juni	4 " 58 "
" Februar " " Septbr.	7 " 33 "
" Februar " " Dezemb.	10 " 08 "

Es bittet um gütige Einwendung des Pränumerationsbetrages von Seite der auswärtigen v. t. Abonnenten mittelst Postanweisung
Die Administration des „Recht“,
Apponyigasse Nr. 10.

*) In Oesterreich kommt der Zeitungsstempel mit täglich 1 kr. an die dortigen Postanstalten separat zu berücksichtigen.

Am 2. Februar beginnt eine äußerst interessante und spannende Erzählung aus neueren Tagen mit dem Titel:

Richard,

welche die Schicksale eines in die Hände der geheimen Gesellschaften gefallenen jungen Arztes behandelt.

Aus der Rede Senney's.

Am gestrigen dritten Tage der Budgetdebatte war, wie bereits bemerkt, Baron Paul Senney der erste Redner. Er begann unter lautlosem Schweigen und allgemeiner Spannung, und sprach von halb 11 Uhr bis 12 Uhr. Die meisterhaft vorgetragene Rede wurde an vielen Stellen von Beifallsäußerungen unterbrochen. Wir skizziren den Inhalt der Rede in Nachstehendem:

Bei der Verhandlung der 1875er Budgetvorlage müsse Jedermann vor Allem über die Frage klar werden: Ist die Politik der Regierung die richtige? Nach reiflicher Ueberlegung muß Redner entschieden antworten: Nein! In kleinlichen Reduktionen, ohne Aenderung des Systems manifestirt sie ihre Sparjamkeit, während sie den Löwenanteil des Defizits durch Steuererhöhung decken will. Vieles beweist, daß die Regierung die Wichtigkeit, welche der Regelung der inneren Zustände des Landes beigegeben werden muß, nicht erfaßt hat, sonst hätte es nicht geschehen können, daß sie bisher auch nicht einen Schritt gethan hat, um diese Regelung wenigstens vorzubereiten. Wenn dies noch ein Jahr verstrichen wäre, dann würde jede Steuererhöhung unmöglich sein; denn trotz der großen finanziellen Schwierigkeiten liegt der Schlüssel zur Verbesserung unserer Lage doch nur in der Regelung der Administration. Die kombinierte und zusammenwirkende Anwendung

von drei Mitteln ist unumgänglich notwendig: 1. Ein rascher, radikaler Wechsel des Regierungssystems mit voller Berücksichtigung des Sparjamkeitsprinzips; 2. Die Erhöhung des Staatseinkommens, wenn auch mit Hilfe einiger neuen Steuern, doch ohne Schädigung der Steuerbasis; 3. Maßnahmen zur Hebung der Steuerfähigkeit des Landes. Nur Entschiedenheit der Regierung, eine großangelegte Politik ohne Jagdbüßigkeit und ohne Ueberstürzung kann helfen; das Zagen und Zaudern führt nur noch größere Uebelstände herbei. Den 1867er Ausgleich hält Redner für die konstitutionelle Hauptgarantie unserer nationalen selbständigen Existenz: diese Angelegenheit dürfe derzeit gar nicht mehr den Gegenstand der Diskussion bilden. Ebenjowenig könne das konstitutionelle parlamentarische System Gegenstand einer Frage sein; nur auf parlamentarischem Wege kann das Land aus seiner schweren Lage sich befreien; sobald man dies außer Acht läßt, ist die Hilfe unmöglich.

Er sage dies laut und offen, damit jeder Schatten des Verdachtes schwinde, als ob es im Lande eine Partei gebe, welche die Lösung der Schwierigkeiten außerhalb des Parlaments suchen oder finden könnte. Redner zählt sodann die Maßregeln zur Abhilfe auf. Er verlangt Verminderung der Deputirten, Regelung der Diäten, die Erhöhung der Parlamentsdauer auf fünf Jahre, ferner die Reorganisation des Oberhauses, wo außer den Vertretern des historischen Rechtes auch die Koryphäen der Wissenschaft, Kunst und der öffentlichen Verdienste Platz finden sollen.

Die Gruppierung der Parteien sollte auf Basis der Prinzipien geschehen; die Regierung müsse eine starke, selbstbewußte Initiative ergreifen; für Alles das aber ist das Parlament der eigentliche Boden.

Die Verzweilung und Thätlosigkeit sind in gleicher Weise ungerechtfertigt, nur ein festgestelltes, planmäßiges System kann helfen. Wir müssen unsere Staatsorganisation mit nationalem Character und uns auf dem Niveau der europäischen Staaten erhalten. Jedes Recht muß geachtet, die autonomen Körperschaften müssen ausrechterhalten, allen Nationalitäten, allen Kirchen und Confessionen muß gleiche Rechte erteilt; aber man darf nicht dulden, daß das Interesse des Staates und die Gesetze des Staates durch wen immer bedroht werden (lebhafter Beifall rechts und links), daß die Existenz des Staates und die Ruhe des Staates durch wen immer angegriffen werden. (Allgemeiner Beifall.) Dieß muß das Grundprinzip unserer Politik sein (allgemeiner Beifall), welches die lakatenhaste Nachahmung ausländischer Beispiele ausschließt, wenn dieselben mit unseren vaterländischen Verhältnissen nicht übereinstimmen oder unseren nationalen Verhältnissen nicht entsprechen. Obigem Grundprinzip ist jede

Theorie, jede Doctrin unterzuordnen, gehöre dieselbe was immer für einer Lehre, was immer für einer Schule an.

Die Staatsverwaltung muß vereinfacht, die Municipalbeamten sollen ernannt werden, die Zahl der Beamten in den Ministerien ist bedeutend zu reduciren. Bei Aufstellung des Defizits müßten die Einkünfte genau berechnet werden; davon sind die fixen vertragsmäßigen Ausgaben abzuziehen und mit dem Reste müßten alle Bedürfnisse des Staates gedeckt werden. Wenn die Nation sehen würde, daß Alles planmäßig vorbereitet und durchgeführt wird, brächte sie gerne Opfer. Bei der Justizpflege müßten die einfachsten Interessen des Volkes, die practischen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Bei den Wehrausgaben müßten — ohne die Wehrfähigkeit des Staates zu gefährden — die möglichen Reduktionen vorgenommen werden, sowohl bei der gemeinamen als bei der Honvéd-Armee.

Hier wird die Sitzung auf einige Minuten suspendirt, worauf Redner auf den zweiten Theil seiner Rede, auf die Mittel zur Erhöhung der Staatseinkünfte, zu sprechen kommt. Einige neue Steuern, die Erhöhung einiger bestehenden seien notwendig; doch müsse man versichert sein, daß das erstrebte Ziel auch erreicht wird. Lieber soll heuer ein größerer Theil des aus dem Anlehen vorhandenen Geldes verbraucht, als durch Ueberbürdung der Steuerträger für 1877 wieder ein Anlehen notwendig gemacht werden. Die Staatsgüter mögen nach und nach veräußert, die letzte Anleihe convertirt werden. Betreffs der Industrie-Unternehmungen des Staates ist Redner mit Bescheidenheit einer Ansicht. Die Staatsbahnen sollten auf einige Zeit in Privatverwaltung kommen, beim Tabak und Salzgefälle den Uebertretungen vorgebeugt werden.

Redner gelangt nun zum letzten Theil seiner Aufgabe: Wie die Steuerfähigkeit des Landes zu heben wäre. Vor Allem müsse die Bankfrage gelöst werden; am liebsten sähe Redner (wenn das bei Wahrung unserer Interessen möglich), wenn man mit der österr. Nationalbank eine Transaction machen könnte. Bei Revision des Zoll- und Handelsvertrages müsse man darauf sehen, daß betreffs der indirecten Steuern unsere Interessen gewahrt werden. Gegen den Wucher muß auf Kosten der Theorie ein Gesetz geschaffen werden. In der Hauptstadt ist die Errichtung von Docks und Entrepots dringend notwendig, weil der Handel sonst für immer einen anderen Platz sucht. Redner schließt mit der Erklärung, daß er die Vorlage zur Basis der Specialdebatte acceptirt, und fügt bei: Zu einer tendentiosen Opposition, sei es gegen Personen, sei es gegen die Vorlagen, fühle ich weder Neigung, noch habe ich dazu Veranlassung. Ich lasse mich weder durch persönliche Ambition, noch durch die Sucht nach Macht leiten. Es wäre dies ein Verbrechen unter den

gegenwärtigen Verhältnissen des Vaterlandes. Im Gegentheil! Das Eine nehme ich für mich in Anspruch: daß ich niemals die Gelegenheit gesucht habe, meine geringe und bescheidene Person in den Vordergrund zu drängen (Rufe: Sehr wahr!), ja, daß ich, wie es mir Viele zum Vorwurfe machen, dieser Gelegenheit aus dem Wege gegangen bin (Hört!) Mich hält nicht das Gefühl der Verantwortlichkeit, noch die Last der Action zurück, sondern die Ueberzeugung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen des Landes einzelne Menschen, seien dieselben noch so hervorragend durch Character und Geisteskraft (welche ich nicht besitze), nicht im Stande sind, zu helfen; es ist dies nur möglich durch die kräftige, eifrige und wirksame Unterstützung des Parlaments (Sehr wahr!), auf welche ich — ich habe so viel politische Einsicht — heute nicht zählen kann.“ (Lebhafter Beifall; zahlreiche Abgeordnete eilen auf den Redner zu, um ihn zu beglückwünschen.)

Der zweite Tag der Budgetdebatte.

* Vier Redner: Eduard Sedényi, Ludwig Kármán, Franz Pulsky und Béla Maríásh, nahmen den zweiten Sitzungstag in der Budgetdebatte in Anspruch, und unter ihnen ragten die Reden Sedényi's und Pulsky's ganz besonders hervor. Der erste Redner brach eine Lanze gegen die bürokratische Centralisation zu Gunsten der Municipalautonomie, und bemerkte in dieser Richtung, nachdem er die Bemerkung vorausgeschickt, daß es keine allgemeine Staatsverwaltungswissenschaft gebe und daß, was am Rhein, nicht auch an der Theiß, was an der Themse, nicht auch am Ganges gut sei, u. A.:

Kaiser Carl V. war nicht im Stande, auch nur einige Uhrwerke in einem gleichen Gange zu erhalten, und die ungarischen Centralisten wollten diese gleiche Bewegung bei den freien Bürgern Ungarns erzwingen, indem sie ihnen den Glauben aufzudringen trachteten, daß in den Männern der ministeriellen Centralisation der Prophet erschienen sei, dessen Lehren unbedingt zu befolgen wären, um selig zu werden. Schon im Jahre 1848 hatten sie die französische Centralisation angestrebt, doch leistete Kossuth den eifrigen Centralisten erfolgreichen Widerstand, und noch unter dem österreichischen Provisorium haben nicht die Centralisten, sondern die Municipalisten das Land vor dem Reichsrath bewahrt; als jedoch im Jahre 1867 die Gesetze von 1848 wieder in's Leben traten, bekannte sich das damalige Ministerium schon offen zu der Ansicht, daß ein verantwortliches Ministerium und die Municipalverwaltung neben einander nicht bestehen können, daher bald darauf die Comitate, Districte und Städte durch ein Gesetz geregelt wurden, mit welchem die Selbstverwaltung thatsächlich aufgehört, an deren Stelle aber ein bürokratisches Verwaltungssystem trat, welches die ministerielle Verantwortlichkeit factisch aufhob — das Land moralisch und materiell herabsetzte. Unbegreiflich! Die Ungarn, die sehr gut wissen konnten, daß, wie die Municipal-Selbstverwaltung seit jeher der sichere Fort der ungarischen Freiheiten, und das einzige Mittel war, um die Nation vor politischer Apathie zu bewahren, ebenso das Volk Ungarns selbst ein geborner Gegner der centralisirten Verwaltung sei: ließen sich dessenungeachtet von ihren Centralisationsgelüsten so sehr irre leiten, daß jetzt die Municipalverwaltung kaum mehr lebenskräftig sein dürfte und der Grundstein ungarischer Verfassung „Nilil de nobis sine nobis“ schon fast aus seinen Angeln getrieben erscheint, so daß das eigentliche politische Nationalleben, als ob es schon über seine letzte Stunde hinaus wäre, in Kälte und Verwelsung erstarrt. — Unbegreiflich, daß Ungarns Männer, denen die bürokratische frühere Verwaltungsnorm Oesterreichs eine deutliche Lehre erteilte, wie sie durch finanzielle Zerrüttungen erzeugt werden könne, das parlamentarische Verfassungssystem nicht mit den Formen der Municipalverwaltung zu vereinigen trachteten, sondern ein Central-Verwaltungssystem beizubehalten im Stande waren, dessen Kanzlei-Erfordernisse, Reise-

kosten und Diäten allein so viele Kosten verursachen, als zur Deckung der Gesamthaushaltung aller Municipien im Lande erforderlich sind. Das öffentliche Leben Ungarns hat seit acht Jahrhunderten wohl kaum ein größeres Uebel heimge sucht, als diese Alles überfluthende Herrschaft des Bureaucratismus, denn hiedurch wurde der Parlamentarismus selbst discreditirt, als ob derselbe sich nur auf die Thätigkeit einer kostspieligen Bureaucratie stützen könne. Unleugbar ist wohl dieses Postament, die Basis der ministeriellen Centralisation und Ummacht — aber ein gefährlicher Gegner der parlamentarischen Regierung, wie diese in Ungarn, nach dem Genius und Character seines Volkes, wirklich durchführbar ist.

Redner will das Ausgabenbudget nach dem Einnahmenbudget regeln und schloß mit dem Antrage, das Budget möge abermals an den Finanzausschuß zurückgeleitet werden mit der Weisung, daß an dem Ausgaben Etat so viel gestrichen werde, bis das Gleichgewicht im Ordinarium hergestellt ist. Ludwig Kármán verlangte u. A. Herabsetzung der Abgeordneten-zahl auf 250, Verwandlung der Diäten in ein bescheidenes Jahres Ehrengeld, Verminderung der Ministerien auf 7, Reduction der Gerichtshöfe und Auflösung des Cassationshofs. Bei den Mehrausgaben will er wenigstens 9 Mill. ersparen. Franz Pulsky, der unter allgemeiner Spannung sprach, begann mit der Bemerkung, daß Ungarn erst seit dem Jahre 1867 als ein selbstständiger Staat in das europäische Concret aufgenommen wurde.

„Man wußte wohl (sagt er, daß wir eine tapfere, sehr tapfere Nation sind, man wußte wohl, daß wir stets bereit sind, „vitam et sanguinem“ zu opfern, aber man wußte auch nach dem alten Sprichwort: „sed avenam non“ (Lebhafter Beifall.) Deshalb beiaßen wir keinen Credit (Rufe links: Und jetzt ja?), weil man nicht wußte, ob wir jene Opferwilligkeit besitzen, welche größer ist als die Bereitwilligkeit, Blut zu vergießen, ob wir ordentlich und sparsam leben können und wollen, ob wir unsere Schulden zahlen können? (Lebhafter Zustimmung rechts.) Das allein gibt in jetziger Zeit die Lebensfähigkeit; die große Tapferkeit besteht nicht mehr darin, gegen die halbe Welt auszugehen; dieser Heldemuth gilt heutzutage nicht so viel, als die ordentliche Wirthschaft (lebhafter Zustimmung und Beifall rechts), er gilt nicht so viel, als wenn man weiß, daß wir eine solide Nation sind, welche ihren Verpflichtungen pünktlich nachkommt. (Rufe rechts: So ist's!)

Wir wissen es sehr wohl, daß man Freiheit und Selbstständigkeit nicht anders erwerben könne, als entweder durch Blut oder durch Geld. Danken wir dem Geichide dafür, daß unsere Lage nicht Blut, sondern bloß Geld von uns fordert; zeigen wir uns so groß, wie die Lage es fordert, bringen wir diese Opfer, denn sonst verlieren wir unsere Stellung. (Lebhafter Zustimmung rechts.)

Er wirft der Regierung vor, durch ihre schwächliche Politik die abnorme Lage geschaffen zu haben, daß der Finanzausschuß sich eine ungebührliche Machtstellung angemahnt habe. Wenn das Ministerium von der Regierung abdijrt, müsse sich freilich der Finanzausschuß zur Regierung aufwerfen; aber die gutgemeinten und wohlmotivierten Vorschläge des Ausschusses blieben von der Regierung unbeachtet, trotzdem dieselben von Jahr zu Jahr wiederholt wurden. Der Ausschluß konnte nichts weiter thun, als die Regierung angeben; die Initiative muß der Regierung überlassen werden und das ist es, was das ganze Land jüht.

Eine starke Regierung thut uns Noth, die führt und nicht geführt wird, die sich ihrer Ziele und ihres Thuns bewußt; nicht eine solche, die ein Budget vorlegt, von dem 8 Millionen gestrichen werden können, die dem Hause unverständliche Vorschläge unterbreitet, deren Umarbeitung den Ausschüssen Monate lang zu thun gibt, die fortwährend experimentirt und enquetirt, und durch ihr ewiges Schwanken die peinlichste Verlegenheit dem Lande bereitet. (Lebhafter demonstrativer Beifall links.) Zur Linken gewendet sagt Redner fort: Sie glauben, daß solche Aeußerungen nicht dazu beitragen, die Regierung zu kräftigen. Gerade weil ich eine starke Regierung will, spreche ich so. Ich greife die Regierung nicht an. Ich unterstütze die Regierung, weil ich in ihr Elemente erblicke, welche die Abig-

leit besitzen, stark zu sein. Wer stark ist, braucht keine Unterstützung, und deshalb rufe ich ihr zu, voranzugehen. (Weiterkeit links.) Ja wohl, vorwärts zu gehen, die Nation wird ihr freudig folgen. (Großer Beifall rechts. Weiterkeit und Lärm auf der äußersten Linken.) Redner fährt mit dem Ausdruck schneidigster Ironie zur äußersten Linken gewendet fort: Glauben Sie vielleicht, daß die Nation etwa Ihre Regierung wünscht? Dann würden Sie sicherlich nicht in einer Bank bevammen Platz finden. (Stürmische Weiterkeit rechts.) Wohl sind die Parteiverhältnisse im Hause außer Rand und Band; auch in unserer Partei gibt es Mitglieder, von denen wir mehr Aufklärung wünschen, und die Budgetdebatte wird wohl Gelegenheit dazu bieten, daß auch jenes hervorragende Mitglied, dessen erstes Auftreten solche Sensation erregt und das jederzeit loyal und correct mit seiner Partei gestimmt, das niemals intrigirt, niemals abgefallen, wohl aber lange und beharrlich geschwiegen hat, das die asiatischen Verhältnisse erwähnt, aber ohne den Pfad zu weisen, der von Asien nach Europa führt, sein Schweigen brechen werde.

Ich treue mich, daß ich bald das Glück haben werde, ihn zu hören. (Eine Stimme von der Linken: Wer ist das? Wer das ist? Ich bitte, Sie kennen ihn ebenigut oder besser als ich; sein Auftreten hat einen viel zu tiefen Eindruck gemacht, als daß das Haus den selben hätte vergessen können. Lärm und Bewegung auf der Linken, Weiterkeit rechts.) Ich muß darüber reden, weil es Blätter und weil es Menschen gibt, denen sein Vorgehen, indem er bis jetzt immer schwieg, Anlaß zu dem Verdacht gab, daß er eine besondere Partei bilden wolle, und jener Partei wurde schon im voraus eine unglückliche Benennung beigelegt, die Benennung „Konservativ“, ein Name, der nichts beagt. Denn wenn es sich darum handelt, die Institutionen und Grundbedingungen des Landes zu konserviren, so thun wir dies Alle, und wenn davon die Rede, daß vieles reformirt werden muß, so glaube ich, daß auch er eben so viel reformiren will, wie irgend Einer von uns, und ebenjowenig mit uneren bestehenden Zuständen zurieben ist wie wir. (Lärm.)

Aber eben weil sich Männer um ihn scharten und den Verdacht erweckten, daß er an der tricoloren ungarischen Fahne eine schwarze Kolarde duldend (Bewegung), daß er diese Fahne nicht vorwärts, sondern rückwärts tragen wolle, eben deshalb erwarte ich mit Spannung und werde mich freuen, jene Worte zu hören, welche seinen Standpunkt klar bezeichnen sollen. (Ausrufe: Weiter!) Noch eine andere Koryphae, deren Name mit der Ausgleichsára verbunden, die reichen Antheil an den Resultaten, aber auch an den Fehlern jener Epoche hat, die viel umworden und viel angefeindet wurde, wird hoffentlich bemerken, daß sie in jüngster Zeit viel gelernt und viel vergessen habe.

Auch der Führer der Opposition, dessen Stellung einigermaßen unklar geworden, nachdem sein Leiborgan bedeutungsvoll erklärt hat, die vielgenannten Parteiprinzipien haben mehr theoretischen als praktischen Werth (stürmische Weiterkeit rechts und auf der äußersten Linken), weil die Schwierigkeiten der Aenderung derselben so groß, ja fast unüberwindlich seien (großes Gelächter), wird hoffentlich erklären, weshalb er plötzlich, nachdem er sieben Jahre hindurch das Budget wenigstens im Allgemeinen acceptirt, nun dasselbe verweigert. Der glaubt er die momentane Verwirrung in der Deputierten zu einem Sturm auf gegen das Cabinet auszunützen? Dann irrt er gewaltig; nichts kann ein festeres Zusammenhalten aller Parteimitglieder bewirken, als solcher Angriff, der uns die besten Dienste erweist.

Daß die Parteiverhältnisse einer gründlichen Aenderung entgegengehen, beweist das Auftauchen der Koalitionsidee. Die Differenzen, welche das Land in zwei große Lager spalteten, verlieren allmählig an Bedeutung und Intensität; sie werden aus dem Hause vollends verschwinden, wenn die Nation zum dritten Male das Ausgleichswort bekräftigt wird. (Rufe auf der äußersten Linken: niemals!) Zur äußersten Linken gewendet: Freilich, mit Ihnen werden wir uns nie verständigen, aber mit diesen gegen das linke Centrum gewendet ist es möglich.

Redner geht hierauf auf die finanzielle Frage über. Die Lage sei ernst, aber nicht so verzweiflungsvoll, wie sie von den Bestimmten geschildert

wird. Das Defizit resultirt größtentheils aus Investitionen, von denen auf 1875 und 1876 je 6,000,000 fl. entfallen, ferner aus Amortisationsquoten. So lange man Schulden langsam war, aber stetig bezahlt, ist man noch nicht ruiniert.

Die Rede Pankov's wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Marvassu spricht vor halbleeren Bänken und in zwanglosestem Vortrag über Verwaltung, Politik, Finanzen, Steuern und Staatsvermögen durch andert-halb Stunden.

Banhaus und Ofenheim.

S. Der sensationelle Prozeß, welcher schon seit nahezu Monatsfrist ganz Oesterreich-Ungarn in Atem erhält, scheint mit der Vernehmung des Ministers Banhaus seinen Höhepunkt erreicht zu haben. Vom Gericht war die Vorladung dieses Zeugen lediglich zu dem Zwecke beschlossen worden, um die Glaubwürdigkeit der Verantwortung des Angeklagten in Beziehung auf mehrere von ihm beharrlich festgestellte Punkte betreffs der böhmischen Nordbahn zu erproben. Das Gericht hielt die Vernehmung streng in diesen Grenzen fest, der Präsident ließ keine Frage zu, welche außerhalb dieser Grenzen lag, zwischen Ofenheim und Banhaus kam es nicht, wie man befürchtet hatte, zu einem stürmischen Austritte. Ofenheim fügte sich ruhig und schweigend, als ihn der Präsident mit seinem Verurtheilten, zwischen dem, was er bei der Vemberg-Cernowitzer Bahn und was Dr. Banhaus bei der böhmischen Nordbahn gethan, einen ganz gleichartigen Vorgang zu constatiren, auf das Kladderadatsch verwies und ihm auch keine Frage über die Zucht des Handelsministers vom Tag zuvor gestattete. Die Glaubwürdigkeit der Verantwortung Ofenheim's bezüglich der über die böhmische Nordbahn von ihm gemachten Angaben dürfte die Probe bestanden haben, denn Dr. Banhaus bestätigte, daß er 9000 fl. von der Bahn bezog, freilich nicht als Gründergewinn, sondern als Entlohnung, und daß er dem Herrn Wily. Glaser für die Finanzierung der Bahn eine Provision verschafft habe, freilich nicht aus Freundschaft, sondern wie er „auf Eid und sein reines Gewissen“ versicherte, „aus geschäftlichen Interessen der böhmischen Nordbahn.“ Der Präsident wollte eben die Vernehmung des Zeugen schließen und denselben entlassen, da war es Dr. Banhaus selbst, welcher die vom Gerichte seiner Vernehmung gezogenen Grenzen durchbrach und über die Verhältnisse zur Hypothekarrentenbank Aufsicht zu gehen begehrte, über welches der Gerichtshof schon vorher eine Frage des Verteidigers für unzulässig erklärt hatte. Der Verteidiger hatte nemlich gefragt, ob es richtig sei, daß Banhaus einen Gewinn im Betrage von nicht ganz 4000 fl. bei der Hypothekarrempfänger bezogen habe. Mit Bezugnahme auf diese Frage erklärte Banhaus: Es hat auf mich den Eindruck gemacht, wollte der Verteidiger den Spieß umdrehen und mich hier als einen Angeklagten hinstellen. Ich erkläre hier auf das Bestimmteste, daß ich bei der Hypothekarrentenbank einen Gründergewinn nicht geführt habe. Ich habe bei dem Syndikate Wien und das W. wie andere Verwaltungsräte denn 4 Jahre, Verlaufe dieser meiner Aktien gehalten, Sie mit von 5000 fl. erzielt, welche ich bei dem Syndikate Wien und das W. wurde ein Gewinn. Punkt eine Frage ob es richtig ist, daß ich in Namen der Präsident diese Frage selbstverständlich nicht mehr verweigern, und nun kam es zu folgendem Eklat: Berth.: Ist es richtig, daß Excellenz eine besondere Quittung gegeben haben über einen weiteren Betrag von nicht ganz 4000 fl., so daß Ihr Gewinn zusammen bei 9000 fl. betrug? — Zeuge: Gewiß nicht. Ich wiederhole, daß ich nur 5000 fl. bezogen habe; eine Quittung über 4000 fl. habe ich nie ausgestellt. — Berth.: Dann muß ich bedauern, daß ich mich gezwungen sehe, das zu sagen, was mir darüber bekannt geworden. Es ist nicht unter Ihrem Namen, Excellenz, sondern unter einem anderen Namen ein bedeutender Betrag als Gründergewinn bei der Hypothekarrentenbank begeben worden. Von diesem Betrag bezogen Excellenz einen Theilbetrag, worüber eine Quittung von Ihrem Hand vorliegt. Excellenz haben sich nun in letzterer Zeit eifrig bemüht, diese Quittung wieder

zurückzubekommen. Es wird mir leid thun, wenn Sie mich zwingen, weiter fortfahren zu müssen. Alle diese Angaben mache ich unter meiner eigenen Verantwortung. (Sensation, große Bewegung.) — Zeuge (mit erhobener Stimme): Ich habe gewußt und gefürchtet, daß man diesen Moment nicht unbenützt vorübergehen lassen wird, neue Verdächtigungen gegen mich zu häufen. (Im Publikum folgte diesen Worten außerordentliche, lang anhaltende Bewegung und Aufregung, wie sie im Gerichtssaale zu den Seltenheiten gehört. Der sensationelle Eindruck dieser Frage machte sich dem Ohre lebhaft vernehmbar geltend. Man will bemerkt haben, daß der Verteidiger während seiner Worte wie unwillkürlich mit der Hand zur Seitentafel fuhr, als wolle er etwas hervorholen.) — Zeuge (fest und mit gehobener Stimme): — Alles, was ich hier gesagt habe, habe ich unter meinem Eide ausgesagt. Ich habe keinen weiteren Betrag als jene 5000 fl. bezogen und davon 2000 fl. quittirt, und ich habe mich auch in letzterer Zeit nicht bemüht, eine von mir ausgestellte Quittung in meine Hände zurückzubekommen, denn Alles, was ich unterschrieben oder bezogen habe, werde ich jederzeit verantworten. — Berth.: Also, Excellenz, erklären — Präsi.: Nachdem Se. Excellenz diese bestimmte Erklärung unter seinem Eide abgegeben hat, ist die Vernehmung des Zeugen zu Ende. (Zum Minister Dr. Banhaus sich verneigend): Ich danke, Excellenz, Sie sind entlassen. Zeuge verläßt unter noch fortdauernder großer Bewegung des Publikums den Saal.

Damit wäre nun freilich die Vernehmung des Ministers zu Ende, aber die Sache selbst noch keineswegs. Gegen die beidete und mit aller Bestimmtheit abgegebene Aussage des Ministers steht die gegenheilige Behauptung des Verteidigers, welche dieser auf seine Verantwortung genommen hat. Dabei kann und darf es sein Bewenden nicht haben. Der Widerspruch zwischen der Aussage des Ministers und der Behauptung des Verteidigers darf nicht stehen bleiben. Sogar das „N. W. Z.“, welches mit großer Wärme die Partei des Handelsministers ergreift, fühlt sich zu der Bemerkung gedrungen, die Frage, ob außer dem Syndikatsgewinn, den Herr Dr. Banhaus ohne Weiters zugestanden, noch ein anderer Gewinn ihm zugeflossen sei, wie das der Verteidiger Dr. Neuda unter seiner eigenen Verantwortung und mit dem Hinweis auf eine geheimnißvolle Quittung behauptet, werde wohl noch klargestellt werden, es werden wohl noch die Umstände hervortreten, welche den Herrn Dr. Neuda zu einer solchen Behauptung veranlaßten, ihm das Recht gaben, sie vor der ganzen Öffentlichkeit zu machen. Wir gehen aber noch weiter, als das „N. W. Z.“, und sagen, die Frage muß klargestellt, es muß Dr. Neuda zu der Verantwortung, die er auf sich genommen, verhalten werden, der Widerspruch zwischen seiner Behauptung und der Aussage des Ministers? a n u n d b a r f nicht stehen bleiben, und bleibt er doch stehen, sei es, weil man ihn einfach stehen läßt, oder weil etwa die Behauptung des Verteidigers erwiesen werden könnte, dann muß entweder der Minister gehen oder der Staatsanwalt seines Amtes gegen einen meinedigen Zeugen walten. Nicht darum, ob Dr. Banhaus, ehe er Minister war, 5000 oder 9000 fl. Syndikatsgewinn bezogen hat, handelt es sich hier, das ist vollkommen gleichgültig, sondern darum, daß der Aussage eines Ministers Sr. Majestät gegenüber, welche mit wiederholter Berufung auf seinen Eid und sein Gewissen abgegeben wurde, die Behauptung des Gegentheils aufrecht erhalten wird. Das kann und darf nicht geduldet werden. Hier gibt es nur ein: Entweder — Oder!

Inzwischen hat der Handelsminister ein Schreiben an Ofenheim's Verteidiger, Dr. Neuda, gerichtet, worin er Neuda's Behauptungen über einen seinerzeit bei der Hypothekarrentenbank bezogenen bedeutenden Gründergewinn in allen Theilen auf's Bestimmteste als unwahr bezeichnet. (Ist das schon Alles, oder kommt noch was nach?)

Zum Kulturkampf

verzeichnen wir wieder einige besonders hervorragende Züge. Am 23. Januar stand der Bischof von Münster wegen drei auf seiner Firmungstour

gehaltenen Ansprachen vor dem Zuchtpolizeigerichte zu Cleve, weil er über die Leiden der Kirche gesprochen, womit er nach der Ansicht des Staatsanwaltes nur die Folgen der Kaiserliche gemeint haben könne. Der Bischof erklärte, daß er nicht so gesprochen habe, wie die Anklageschrift behauptete. Es wurden sechs Entlastungs- und zehn Belastungszeugen verhört, von denen die ersteren meistens mit dem vom Herrn Bischof ausgesagten übereinstimmten. Die Andern wußten sich der betreffenden Worte nicht genau mehr zu erinnern. Einer sogar, der vorher im Sinne der Anklageschrift sich ausgesprochen hatte, änderte auf die Einwendung des Angeklagten hin, Das und Das habe er gesprochen, seine Aussage zu Gunsten des letzteren. Der Staatsprocurator Mellinghaus beantragte trotzdem „wegen Verletzung des Kanzelparagraphen“ einen Monat Festungshaft. Die Fällung des Urtheils wurde auf einen Monat ausgesetzt. — Die Zahl der „Sperrlinge“, wie sich mit einem heiteren Humor, welchen nur das Bewußtsein gibt, für die Sache Gottes und seiner Kirche zu leiden, die gesperrten Priester selbst nennen, wächst mit jedem Tage. Im Großherzogthum Baden häufen sich die strafgerichtlichen Verfolgungen der gesperrten neu geweihten Priester der Art, daß man Mühe hat, dieselben zu notiren. Fast alle Gerichtshöfe im Lande haben damit zu schaffen. Das Interessante dabei ist aber, daß es eine Spruchcollegium (z. B. in Waldshut, Offenburg) die „Verbrecher“ freispricht, während andere Gerichtshöfe dieselben verurtheilen; ja, kürzlich ist es (in Offenburg) vorgekommen, daß die nämlichen Richter, welche vorher ein freisprechendes Urtheil über Neupriester gefällt hatten, etwa acht Tage später in der nämlichen Angelegenheit auf Grund des nämlichen Gesetzes ein verurtheilendes Erkenntniß erließen. Das geht doch über den gewöhnlichen Unterthanenverstand. Die Nachricht mehrerer Blätter, die Regierung habe den Herrn Erzbischofsverweiser aufgefordert, den Neupriestern ertheilten Auftrag zur Seelsorge wieder zurückzuziehen, ist unbegründet; aber der Herr Erzbischofsverweiser wird in Anklagestand versetzt, weil er die Neupriester überhaupt angestellt hat. — In Oese waren auf den 22. Januar die 3 Geistlichen, der Kanzelelist R o g a, der Cassier und Domvicar S b e c z y l und der Registrator P a s i l o w s k i vor dem hiesigen Kreisgerichte zum Termin geladen. Meine damalige Vermuthung hat sich bewahrheitet: nämlich in Sachen des geheimen Delegaten der Erzbischofsdiocese. Allen Dreien wurden dieselben Fragen vorgelegt, und zwar etwa ungefähr folgenden Inhaltes: Wie wird seit der Bekräftigung und Verhaftung des Officials K o r y t o w s k i die Diocese verwaltet? Wer ist der Verwalter? Haben Sie für denselben Instruktionen geschrieben und diese verbreitet? Dem Registrator P a s i l o w s k i, bei dem bekanntlich vor einigen Tagen eine Haussuchung stattgefunden, ward außerdem noch, und zwar an erster Stelle, die Frage vorgelegt: Sind Sie im Interesse des geheimen Diocesanverwalters, resp. des Weihbischofs C y b i c h o w s k i gereift, und haben Sie in seinem Namen den Decanen Instruktionen überbracht? — Die Antworten der genannten drei Geistlichen sind selbstverständlich; sie haben die unbegründete Neugier der Staatsanwaltschaft nicht befriedigt, indem sie jede Auskunft aus guten und wohl motivirten Gründen verweigerten. Vorläufig wurden alle Drei, ohne daß sie mit irgend einer Strafe belegt wurden, entlassen. „Das kommt noch“, sagt Kardorf.

Aus den Verhandlungen ergab sich, daß irgend eine Denunciation vorliegt. Nach einer von Oben gekommenen Anordnung soll bei allen Geistlichen der Diocese über kurz oder lang eine Haussuchung gehalten werden.

In F u l d a sind dem Regens des dortigen Priesterseminars zu Nutzen der ausgewiesenen Alumnen von einem Bürger jener Stadt 2000 Gulden und von einem Pfarrer der Diocese 1000 Thaler offerirt worden. — Die neue Verwaltung des Priesterseminars hat bereits einen ersten Termin angefest zum Verlaufe des dem Seminar gehörigen Viehstandes, der Wagen, der Delonomiegeräthchaften. Auch die Grundstücke werden verpachtet und verkauft werden.



